Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 79 (2001)
Heft: 4

Artikel: Markt oder Gerechtigkeit?
Autor: Marti, Urs
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-341625

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Markt oder Gerechtigkeit?

Zurzeit ist die Versuchung gross, sich Politik als eine Art Markt vorzustellen, den Staat und die politischen Parteien als Anbieter, das Wahlvolk, die wirtschaftlichen Akteure und Interessenverbände als Nachfrager. Die Vorstellung gefällt zwar

Urs Marti

dem Zeitgeist, als wissenschaftliche Hypothese ist sie aber nicht brauchbar.

– Wie auf anderen Märkten entspricht auch im Politikmarkt die Nachfrage nicht zwingend den Bedürfnissen und das Angebot nicht den Möglichkeiten, diesen Bedürfnissen gerecht zu werden. Die Nachfrage wird häufig nicht von Sachwissen oder vom wohlverstandenen Eigeninteresse bestimmt, sondern von Emotionen, was die langfristige Einschätzung der Nachfrage erschwert. Angebote an Identifikationsmöglichkeiten und Feindbildern können in Krisenzeiten auch dann auf breite Nachfrage stossen, wenn sie zur Krisenbewältigung nichts beitragen, beispielsweise Bedürfnisse nach Arbeitsplatzsicherheit nicht befriedigen.

– Mit der modernen Idee demokratischer Politik ist die Auffassung von Politik als Markt kaum vereinbar. Da die Verfügungsmacht über die Produktionsmittel einseitig verteilt ist, bestimmen die angeblich souveränen KonsumentInnen nicht autonom aufgrund ihrer Bedürfnisse und Lebenspläne, was sie kaufen wollen. Auch gehorcht die individuelle Nutzenmaximierung naturgemäss anderen Regeln als demokratischen Prinzipien. Diese haben nur im öffentlichen Raum eine Chance, anerkannt zu werden, daher dürfen Politik und Markt gerade nicht zusammenfallen[1].

– Heute bestimmt oft nicht die Mehrheit der StaatsbürgerInnen die Nachfrage, sondern eine Allianz mächtiger Wirtschaftsakteure. Intensiv nachgefragt wird das Gut «Standortvorteil». Politik sieht sich zunehmend gezwungen, dieses Gut auch dann vorrangig anzubieten, wenn dafür die Versorgung mit anderen, für die gesellschaftliche Stabilität notwendigen Gütern wie etwa sozialer Gerechtigkeit eingeschränkt werden muss.

Wächst die Bereitschaft, die von den globalen Märkten ausgeübten Zwänge hinzunehmen, reduziert Politik sich auf den Streit zwischen Strategien zur Stärkung staatlicher Wettbewerbsfähigkeit. Ist jedoch die Wahl zwischen rivalisierenden Gesellschaftsmodellen nicht mehr möglich, fällt eine wichtige Voraussetzung demokratischer Politik weg[2]. Sobald mächtige Wirtschaftsakteure ihr Obstruktionspotenzial gegenüber staatlichen Institutionen so einsetzen, dass deren Fähigkeit, bestimmte Güter zur Verfügung zu stellen, unterminiert wird, kommen die politischen Akteure nicht mehr darum herum, zu prüfen, in welchem Verhältnis die im politischen System sich artikulierende Nachfrage zu den Bedürfnissen des Systems selbst steht.

[1] vgl. Jon Elster: The Possibility of Rational Politics, in: David Held (ed.): Political Theory Today. Cambridge, 1991: 115–142.

[2] So die These von Robert Cox: Democracy in hard times: economic globalization and the limits to liberal democracy, in: Anthony McGrew (ed.): The Transformation of Democracy? Cambridge 1997: 49–72.

Zu den elementaren Bedürfnissen politischer Systeme gehört Stabilität. Politik lässt sich begreifen als ein System, das die Verteilung von Macht, die Zusicherung von Rechten sowie die Zuteilung von Chancen und Gütern regelt. Eine Politik, die auf die Stabilisierung gesellschaftlicher Verhältnisse zielt, wird versuchen, Macht- und Wohlstandsdisparitäten abzubauen sowie Entscheidungsverfahren so zu gestalten, dass möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen ihre Ansprüche darin artikulieren können. Sie wird ebenfalls dafür sorgen, dass Nutzen und Lasten der sozialen Kooperation gerecht verteilt werden. Zu den ernst zu nehmenden Faktoren, die solche Stabilisierungsbemühungen sabotieren, gehört erfahrungsgemäss das unkontrollierte Spiel der Marktkräfte; dass dieses unweigerlich eine Verelendung grosser Teile der Bevölkerung bewirkt, ist eine Einsicht, die keineswegs ausschliesslich von MarxistInnen geteilt wird[3]. Im Gegensatz zur neoliberalen oder neokonservativen Doktrin besteht in liberalen Theorien ein weitgehender Konsens bezüglich der Notwendigkeit, Märkte zwecks Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu kontrollieren und ihre Auswirkungen zu korrigieren. Die durch Marktmechanismen bewirkte ungerechte Verteilung von Nutzen und Lasten sozialer Kooperation wird als hauptsächlicher Destabilisierungsfaktor begriffen, politische Systeme bedürfen folglich der Gerechtigkeit.

Gerechtigkeit meint nicht zwingend die Gleichverteilung materieller Güter, übrigens auch nicht in der marxistischen Auffassung. Die heute wie vor 150 Jahren aktuelle Einsicht von Marx lautet, dass Freiheit die Kontrolle über die eigenen Existenzbedingungen umfasst, und dass so verstandene Freiheit auch in liberalen Ordnungen bedroht ist. Wer nur die Marktsphäre – Marx denkt an den Arbeitsmarkt – im Blick hat, sieht in den wirtschaftlichen Akteuren, gleichgültig ob Anbieter oder Nachfrager von Arbeitskraft, gleiche und freie Egoisten. Wer den Produktionsbereich einschliesslich der historischen Entstehungsbedingungen kapitalistischer Produktionsverhältnisse in die Analyse miteinbezieht, stellt dagegen fest, dass der Arbeitsvertrag in kapitalistischen Verhältnissen in der Regel nicht freiwillig zustande kommt, da viele AnbieterInnen von Arbeitskraft nur über beschränkte Optionen verfügen und daher ihre Arbeitskraft zu Bedingungen verkaufen müssen, die ihrer Vorstellung von Autonomie zuwiderläuft; innerhalb des Produktionsbereichs wird die Handlungsfreiheit dieser AnbieterInnen massiv eingeschränkt[4]. Marx hat daher seine sozialdemokratischen Zeitgenossen auch deshalb kritisiert, weil ihr Programm auf die Verteilung der Konsumationsmittel zielt und das Problem der Verteilung der Produktionsbedingungen verdrängt[5].

In ihrer Geschichte hat sich die europäische Sozialdemokratie nicht nur von einer revolutionären zu einer reformistischen, sondern auch von einer Produzenten- zu einer Konsumentenpartei gewandelt. In den ersten Nachkriegsjahrzehnten verhalf ihr der Keynesianismus zu einer neuen Legitimität innerhalb des kapitalistischen Systems; die ArbeitnehmerInnen trugen sowohl zur Erhöhung der Produktivität als auch zur Steigerung der Nachfrage bei. Ökonomische Effizienz und soziale Gerechtigkeit erschienen als miteinander vereinbare Ziele. Die Politik der Sozialdemokratie zielte nicht auf die Kontrolle der Produktion, sondern lediglich auf die Verteilung des Überschusses innerhalb des bestehenden Produktionssystems. Der seit den späten siebziger Jahren zunächst in Grossbritannien und den USA siegreiche «neue Kapitalismus»

Die heute wie vor 150 Jahren aktuelle Einsicht von Marx lautet: Freiheit umfasst die Kontrolle über die eigene Existenzbedingungen.

[3] vgl. etwa Helmut Willke: Atopia. Studien zur atopischen Gesellschaft. Frankfurt a. M. 2001.

[4] Karl Marx: Das Kapital I (Kauf und Verkauf der Arbeitskraft), in: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke (MEW). Berlin/Ost 1956ff. Bd. 23: 181–191. Wer jetzt den Ideologievorwurf bereithält, lese Max Webers Ausführungen zur ökonomischen Macht in: Wirtschaft und Gesellschaft (1922). Tübingen 1980: 122f, 541–544.

[5] Karl Marx: Kritik des Gothaer-Programms, in: MEW 19: 15–32.

stellt für die Sozialdemokratie eine Herausforderung dar, auf den sie bis heute keine überzeugende Antwort gefunden hat. Während das Problem der Umverteilung wirtschaftlicher Macht in sozialdemokratischen Debatten schon seit längerem weitgehend tabuisiert wird, gerät in den neunziger Jahren auch die Idee der gerechteren Verteilung der Kooperationserträge unter Beschuss. Die konservative Sichtweise, wonach die Unfähigkeit von Menschen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und ihre Ressourcen zu nutzen, primär auf mangelnde moralische Qualitäten zurückzuführen ist, findet mittlerweile auch in sozialdemokratischen Kreisen Applaus. Die «neue Mitte» unterscheidet sich mit ihren Plädoyers für eine Politik, die die Märkte nicht behindern, sondern allenfalls ihre Steuerungsfähigkeit verbessern darf, nur noch geringfügig von der neoliberalen Rechten. Konsequenterweise kann sie den Bürgerinnen und Bürgern kaum mehr bieten als die Empfehlung, Eigenverantwortung zu übernehmen und sich in unternehmerischen Tugenden wie Flexibilität und Mobilität zu üben – auf diejenigen, denen dies nicht gelingt, fällt der Verdacht, ihr Geschick selbst verschuldet zu haben.

Indem die neue SP-Mitte Marktkonformität zum Mass alles politisch Richtigen erhebt, verabschiedet sie sich auch noch von liberalen Prinzipien sozialer Gerechtigkeit.

Indem die Sozialdemokratie den politischen Konflikt von der Produktionssphäre in die Verteilungs- und Konsumsphäre verlagert hat, hat sie sich vom Marxismus entfernt, sich aber zumindest an – im angloamerikanischen Wortsinn – liberalen Gerechtigkeitsprinzipien orientiert. Liberalem Verständnis zufolge haben alle BürgerInnen Anspruch auf positive Freiheitsrechte, das heisst auf ein Mindestmass an wirtschaftlicher Wohlfahrt und sozialer Sicherheit. Indem die neue sozialdemokratische Mitte Marktkonformität zum Mass alles politisch Richtigen erhebt, verabschiedet sie sich auch noch von liberalen Prinzipien sozialer Gerechtigkeit. Im Zuge dieser ideologischen Neuorientierung muss schliesslich selbst die Idee der Leistungsgerechtigkeit aufgegeben werden, da unter Bedingungen globaler Nachfrage nach Arbeitskraft die Erwartung, Arbeitsleistung werde angemessen belohnt, kaum mehr begründet ist[6]. Welchen Beitrag zur Befriedigung der Bedürfnisse eines demokratischen Systems eine derart gewandelte Sozialdemokratie dann noch zu leisten imstande ist, bleibt ein Rätsel.

Soll die SP in eine KonsumentInnenschutzorganisation umgewandelt werden? Das im «Gurten-Manifest» enthaltene Programmangebot soll offenbar von möglichst grossen Teilen des «Wählermarkts» nachgefragt werden können; zugleich werden die WählerInnen nicht mehr als Lohnabhängige, sondern als KonsumentInnen angesprochen, deren Stellung im Markt gestärkt werden soll. Die Verwandlung des «Service public» in den «Service au public» ist ein rhetorischer Trick. Während in der Idee des «Service public» die Möglichkeit zumindest mitgedacht ist, dass mündige StaatsbürgerInnen ihre Bedürfnisse formulieren können, werden sie im «service au public»-Konzept als KonsumentInnen wahrgenommen, die einzig an möglichst billigen Leistungen interessiert sind. Problematisch ist die Rede vom «Gleichgewicht von Recht und Pflicht» in der Sozialpolitik. Gemäss liberalem Rechtsverständnis haben Menschen in modernen Demokratien gleiche Rechte sowie die gleiche Pflicht, die Rechtsordnung zu respektieren, weil einzig sie garantieren kann, dass alle gleiche Freiheitsrechte beanspruchen können. Die liberale Rechtsordnung impliziert somit einerseits das Recht, vor «gerechtigkeitsblinden» Auswirkungen des Marktes geschützt zu werden, andererseits die Pflicht, mittels Steuern zur Aufrechterhaltung eines Systems beizutragen, das positive Freiheitsrechte garantieren kann. Die moralisierende Manifest-Rhetorik verschleiert diesen Zusammenhang, ohne zu präzisieren, worin denn

[6] Birgit Mahnkopf: Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit, in: PROKLA 121, 4, 2000: 489–525.

nun die «Gegenleistungen» von SozialhilfeempfängerInnen zu bestehen hätten – handelt es sich ausschliesslich um Leistungen, die vom Markt nachgefragt werden, oder auch um solche, die nicht vom Markt nachgefragt werden, gesellschaftlich aber notwendig sind?

Rudolf Strahms material- und gedankenreiches Papier könnte einer programmatischen Neuausrichtung der SP schon eher als Orientierung dienen, wobei die Qualität des Papiers sich vor allem der steuerpolitischen Kompetenz des Autors verdankt. Strahm räumt dabei ein, dass gerade in der Fiskalfrage der Links-Rechts-Gegensatz keineswegs veraltet ist. Die von Strahm wie auch von Jean-Claude Rennwald vertretene Ansicht, linke Politik müsse sowohl Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit als auch liberale Bürgerrechtsanliegen verteidigen, ist richtig, doch hier handelt es sich offensichtlich nicht um den entscheidenden Gegenstand der Kontroverse. Wie Strahm darlegt, leistet eine starke Sozialdemokratie einen wichtigen Beitrag zum sozialen und nationalen Zusammenhalt. Tatsächlich beruht die Integrationskraft moderner Demokratien auch auf der Gewissheit der Unterprivilegierten, dass ihnen Rechte, Freiheiten und Anteile am Kooperationsgewinn zustehen. Sie verdankt sich mithin politischen Kräften, die den Anliegen der Unterprivilegierten Stimme und Gewicht verleihen. Ob die SP dieser Verantwortung noch gerecht wird, bezweifeln Maillard und Rennwald. Die SP kann, wie Maillard betont, ihre gesellschaftlich notwendige Aufgabe nur dann erfüllen, wenn sie sich für die Anliegen jener Menschen einsetzt, die unter den von liberalisierten Märkten diktierten Arbeits- und Konsumbedingungen ihre Fähigkeiten nicht zu entfalten und ihre Bedürfnisse nicht zu befriedigen vermögen. Verlieren diese Anliegen ihr Sprachrohr, so kann dies für das demokratische System gefährliche Folgen haben, wie Rennwald unter Verweis auf Arbeiten französischer und westschweizerischer PolitologInnen zeigt: Rechtspopulistische Bewegungen verdanken ihre wachsende Macht nicht zuletzt dem Zulauf von Menschen, die sich von traditionellen Linksparteien verraten fühlen. Frustrationen kommen derart paradoxerweise gerade jenen Kräften zugute, die mit ihrer Diskreditierung unverzichtbarer Staatstätigkeiten die Krisenlösungskapazität des politischen Systems weiter untergraben.

Das neokonservative Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell ist heute offensichtlich in eine Krise geraten. Diese Krise stellt auch eine Chance dar; eine rationale Diskussion über das Verhältnis von demokratischer Politik und Gestaltung der Wirtschaftsordnung, die sich nicht von neokonservativen Denkverboten beeindrucken lässt, wäre heute eher wieder möglich. Märkte sind nicht nur nicht gerecht, wie Strahm darlegt, sie sind auch nicht zwingend effizient. Gibt es zum «Wettbewerbsmarkt» tatsächlich keine Alternativen, wie Strahm behauptet? Wie jüngere Beispiele aus den USA und Grossbritannien im Bereich des Eisenbahnverkehrs, der Stromversorgung oder neuerdings der Sicherheit in Flughäfen zeigen, hat die Privatisierung der Versorgung mit gesellschaftlich notwendigen Gütern nicht zu befriedigenden Ergebnissen geführt. Strahms Behauptung, für jedes öffentliche Gut brauche es eine «separate und zielgerichtete Marktordnung», wird dem Problem nicht gerecht. Auf die Problematik öffentlicher Güter kann hier nicht eingegangen werden; es genügt daran zu erinnern, dass eine Unterversorgung mit öffentlichen Gütern droht, wenn der Staat seine Rolle nicht wahrnimmt. Öffentliche Güter werden häufig als Güter definiert, von denen jede/r profitieren, für die aber niemand bezahlen will. Dem Bedürfnis entspricht also keine Nachfrage, auf die sich das Angebot einstellen könnte. Die notwendige Versorgung kann mithin nicht durch Wettbewerb, sondern nur durch Kooperation garantiert wer-

Märkte sind nicht nur nicht gerecht, sie sind auch nicht zwingend effizient.

den. Theoretisch trifft es zwar zu, dass Wettbewerb das Angebot kosten- und qualitätsmässig verbessern könnte. Im praktischen Fall der Versorgung mit öffentlichen Gütern verhält es sich aber so, dass der Staat zwecks Garantie einer nicht-diskriminierenden und bedarfsgerechten Versorgung Auflagen bestimmen muss, die für private Anbieter eine Beteiligung unattraktiv machen. Angesichts solcher hier nur angedeuteter Probleme wird klar, dass sich das Verhältnis von Staat und Markt doch wesentlich komplizierter gestaltet, als dies in vielen neusozialdemokratischen Programmschriften den Anschein macht.

Rechte SozialdemokratInnen werfen ihren linken GenossInnen mit Vorliebe ideologische Verblendung vor, so wie ja auch umgekehrt Linke diesen Vorwurf gegen neoliberale Marktapologeten erheben. Die Disqualifizierung der Gegenseite geschieht oft reflexartig und ist aus der politischen Auseinandersetzung kaum wegzudenken. Wer einen politischen Standpunkt mit Überzeugung vertritt, sieht in widerstreitenden Ansichten naturgemäss den Ausdruck verzehrter Realitätswahrnehmung. Seit einiger Zeit erhärtet sich jedoch der Verdacht, es sei vor allem die dominierende, von konservativen bis hin zu sozialdemokratischen Kräften propagierte neoliberale Doktrin, die gewisse Aspekte der Realität partout nicht zur Kenntnis nehmen will – man ist versucht, von einem Marktfetischismus zu sprechen. Die Linke ist gut beraten, ihre aufklärerische Verantwortung nicht zu vernachlässigen und anhand wissenschaftlicher Analysen und historischer Fakten zu erklären, was Märkte nicht leisten können und weshalb Politik sich den Marktgesetzen nicht unterwerfen darf.

Urs Marti ist Privatdozent für politische Philosophie an der Universität Zürich.